



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An die
Mitglieder
der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin, 23.06.2010

Schwarz-gelbe Kürzungspläne beim Elterngeld

Liebe Genossinnen und Genossen,

die schwarz-gelbe Bundesregierung hat sich am 07.06.2010 im Rahmen ihres „Sparpakets“ auch auf **Kürzungen beim Elterngeld** geeinigt. Konkret sehen die Beschlüsse der Bundesregierung **zwei Änderungen** vor:

- Das **Mindestelterngeld** in Höhe von 300 Euro, das Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II bislang zusätzlich zur Grundsicherung erhalten, soll **gestrichen** werden. Die Bundesregierung erhofft sich davon Einsparungen von rd. 400 Mio. Euro pro Jahr.
- Die **Lohnersatzrate** soll bei Bezieherinnen und Beziehern von Elterngeld mit einem anzurechnenden Nettoeinkommen von über 1.240 Euro pro Monat **von 67 auf 65 Prozent abgesenkt** werden, wobei der Höchstbetrag von maximal 1.800 Euro monatlich bestehen bleiben soll. Die Bundesregierung erhofft sich davon Einsparungen von rd. 200 Mio. Euro pro Jahr.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kritisieren diese Kürzungen beim Elterngeld in zweifacher Hinsicht:

- **Erstens lehnen wir Kürzungen bei der Familienleistung Elterngeld grundsätzlich ab:** Einsparungen bei Familien sind Ausdruck falscher gesellschaftspolitischer Prioritäten der schwarz-gelben Bundesregierung. Bundesfamilienministerin Schröder hat bewiesen, dass sie keine Anwältin der Familien in unserem Land ist: Sie hat das Elterngeld schon vor den Kabinettsverhandlungen über das Sparpaket zum Steinbruch für

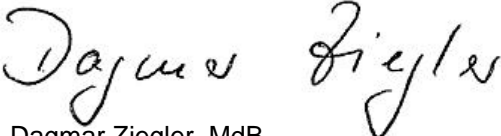


Einsparungen erklärt und damit den Weg für Kürzungen beim Elterngeld widerstandslos freigegeben.

- **Zweitens kritisieren wir die soziale Schieflage in der Art und Weise, wie Union und FDP beim Elterngeld Einsparungen vornehmen und Familien belasten wollen:** Denn auch beim Elterngeld greift Schwarz-Gelb erneut zuallererst den Schwächsten in die Tasche, während sich für die Gutverdienenden überhaupt keine Veränderungen ergeben. Während das Elterngeld Langzeitarbeitslosen komplett gestrichen und Normalverdienenden deutlich gekürzt werden soll, erhalten Gutverdienende mit einem anzurechnenden Nettoeinkommen von über 2.770 Euro auch weiterhin den Höchstbetrag von 1.800 Euro monatlich.

Mit beiliegendem Informations- und Argumentationspapier möchten wir Euch nochmals die politische Zielsetzung und die Konstruktion des Elterngeldes in Erinnerung rufen, mit dem wir in der vergangenen Legislaturperiode ein zentrales Wahlversprechen der SPD eingelöst haben (Abschnitt 1). Außerdem möchten wir Euch über die konkreten Auswirkungen der geplanten Änderungen für die Familien informieren und Euch eine Argumentations- und Informationshilfe für die politische Debatte an die Hand geben (Abschnitt 2).

Mit freundlichen Grüßen


Dagmar Ziegler, MdB


Caren Marks, MdB